

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Lebensversicherung  
Polizeien für Angelegen aus Aus und  
Inland in Gold, Silber, und  
andere Angelegen in Gold, Silber,  
Kupfer, Zinn, Eisen, Nickel,  
andere Metalle in Gold, Silber, Zinn.

Bestellungen nehmen die Postämter  
und die Anzeigen-Veranstaltungen  
an. - Preisliste nachfolgend.  
Vertrieb: - Preisliste Nr. 25.

Telegraphische Anzeiger-Veranstaltungen. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1948

Nr. 25

Mittwoch, den 30. Januar 1924

19. Jahrgang

### Dr. Schacht über die Aussichten der Goldnotenbank.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Auf die Frage, ob er mit den Verhandlungen, die er in Paris über die Gründung der neuen Goldnotenbank geführt habe, zufrieden sei und ob er an eine baldige Errichtung dieses neuen Finanzinstituts glaube, antwortete Dr. Schacht:

„Die neue Goldnotenbank, deren Plan ich in Paris unterbreitet habe, ist eine rein kaufmännische Angelegenheit. Ich verlange nichts, als daß die Politik bei der Gründung nicht mißbräut. Die Goldnotenbank und die finanzielle Sanierung Deutschlands sind Vorbedingungen für die Regelung der Reparationsfrage. Wenn man mich arbeiten läßt, wie ich wünsche, dann dürfte die neue Bank sehr bald gegründet sein. Wenn sich hingegen die Politik in einer wesentlichen kaufmännischen Frage einmischte, dann wird das neue Finanzinstitut vielleicht niemals das Licht der Welt erblicken. Jedenfalls weigere ich mich, die Verantwortung für das zu übernehmen, was alsdann geschehen könnte.“

Auf die Frage, ob er die Teilnahme französischer Kapitalisten für die Gründung der Bank, an der das Ausland mit 50 Prozent teilnehmen soll, vorgezogen habe, antwortete Dr. Schacht: „Ich würde in der finanziellen Unterstützung durch Frankreich nur einen Vorteil sehen. Aber ich wiederhole, daß die Politik keine Rolle spielen darf. Es handelt sich lediglich um ein Geschäft.“

Natürlich fragte der Korrespondent des „Echo de Paris“ Dr. Schacht auch über seine Unterredung mit Poincaré. Dr. Schacht meinte sich, über Poincaré persönlich irgendein Urteil zu äußern. Er hob hervor, daß der französische Ministerpräsident ihn mit größter Höflichkeit empfangen habe. Er glaube indessen, daß er sich nicht gestatten könne, eine Meinung über Poincaré zu äußern, der augenblicklich die am meisten im Vordergrund stehende Persönlichkeit nicht nur Europas sondern der ganzen Welt sei. Poincaré könne einen Eindruck über ihn äußern, aber nicht umgekehrt, er über Poincaré. Dr. Schacht hob dann nochmals hervor, daß er im Verlaufe des Besuchs am Quai d'Orsay sowie überhaupt während seines Aufenthaltes in Paris keine politische Frage gestreift habe. Ihm gehöre er dem Reichskabinett an, aber nur mit beratender Stimme. Schließlich äußerte sich Dr. Schacht nochmals über die verschiedenen Reparationspläne der letzten Monate, wobei der Korrespondent des „Echo de Paris“ hervorhebt, daß Dr. Schacht von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einigung zwischen Frankreich und Deutschland durchdrungen sei.

### Auch Ruther für die Weiterzahlung der Besatzungskosten?

Wie aus Berlin gemeldet wird, schien es anfangs, daß der Reichsfinanzminister Dr. Ruther in der Frage der Wiederaufnahme der Besatzungskostenzahlung auf Seiten der Rentenbank stehe, die gegen diese Zahlungen war. Jetzt aber wird mitgeteilt, daß auch Dr. Ruther bei der großen Aussprache im Reichskabinett sich für Weiterzahlung der Kosten ausgesprochen habe.

### Die Rheinische Goldnotenbank ist erledigt.

Die Nachricht, daß die Rheinische Goldnotenbank nicht zustande kommen werde, ist zutreffend, doch sind die Ursachen dieser Planänderung nicht nur in den Entschlüssen des Reichsbankpräsidenten und der bevorstehenden Gründung der Zentralnotenbank zu suchen. Der Präsident der Kölner Handelskammer, Kommerzienrat Hagen, hat vielmehr von sich aus auf Gründung der Bank verzichtet, weil die vorgesehene prozentuelle Beteiligung Frankreichs unter den veränderten Verhältnissen nicht mehr zu erlangen war.

Die seit Anfang November vorigen Jahres mit der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Notenbank beschäftigten Banken des besetzten Gebietes haben angesichts der bestimmten Erklärung des Reichsbankpräsidenten über die bevorstehende Errichtung einer deutschen Goldnotenbank den Reichskanzler und die interalliierte Rheinlandkommission benachrichtigt, daß sie ihre Bemühungen, die dem besetzten Gebiet auch durch Zulassung der deutschen wertbeständigen Geldmittel seitens der alliierten Rheinlandkommission zugute kommen sollte einstellen.

### Der Sachverständigenausschuß in Berlin.

Die Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses der Reparationskommission trafen gestern Abend von Paris auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Zur Begrüßung hatten sich einige Mitglieder des Auswärtigen Amtes eingefunden, außerdem waren Vertreter der französischen und amerikanischen Botschaft, sowie der Reparationskommission erschienen, es hatten sich auch

einige hundert Zuschauer eingefunden. Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses begaben sich sofort ins Hotel Splanade.

### Blutige Untaten der Separatisten.

Zwei deutsche Arbeiter standrechtlich erschossen.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben die Separatisten bei ihrem Einzug zwei Arbeiter in Ludwigsbafen namens Holz und Dreher auf Befehl des Separatistenführers Zimler „standrechtlich“ erschossen.

### Von den Separatisten zu Tode mißhandelt.

Am 28. Januar hatten sich in Speyer einige junge Leute zu einer Abendunterhaltung zusammengefunden, bei der angeblich auch das Deutschlandlied gesungen wurde. Kurz darauf erschienen französische Polizeibeamte in der Wohnung, in der die jungen Leute sich aufhielten und stellten ihre Personalien fest. Eine halbe Stunde später betrat ein französischer Beamter das Haus, verhaftete die jungen Leute, sowie den Gastgeber, dessen Frau und sein fünfjähriges Kind. Alle wurden in das Amtsgerichtsgefängnis Speyer eingeliefert. Untermwegs wurden sie mit Gummiknüppeln so schwer mißhandelt, daß einer von ihnen, ein Kriegsbeschädigter, ein Bankbeamter Gröber, an den erlittenen Verletzungen tags darauf verstorben ist.

### Beutezug von Separatisten ins badische Gebiet.

Nach Meldungen aus Karlsruhe unternahmen pfälzische Separatisten einen Streifzug auf badisches Gebiet und überfielen das eine Stunde von Karlsruhe entfernte Dörfgen am Rhein. Die Banditen zwangen mit vorgehaltenen Revolvern den Gutspächter zur Herausgabe seiner gesamten, sehr beträchtlichen Gelder. Da der Gutspächter von den Franzosen vor einigen Wochen entwaffnet worden war, hatten die Räuber leichtes Spiel. — Man nimmt an, daß es sich um die gleiche Bande handelt, die vor wenigen Tagen die Gemeindefasse in Wörth in der Pfalz geraubt hat.

### Eine jüdische Versammlung des Verbandes national-deutscher Juden.

Am Montagabend hatte der Berliner Verband national-deutscher Juden eine Versammlung einberufen, in der der Vorsitzende, Dr. Raumann, einen Vortrag über das Thema: „Deutsche, nicht jüdische Einheitsfront“ hielt. Bei den Einladungen war man sehr weitherzig gewesen und hatte jeden deutschen Staatsangehörigen aufgefordert, der Sitzung beizuwohnen. Infolgedessen war der große Saal des Logenhauses überfüllt. Das Auditorium setzte sich sehr verschieden zusammen. Nicht nur die Anhänger des Verbandes national-deutscher Juden, sondern auch Zionisten und sonstige Vertreter oppositioneller jüdischer Richtungen. Während Dr. Raumann sprach, blieb es noch verhältnismäßig still. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In der anschließenden Aussprache ergriff als erster Redner der frühere Nachrichtenoffizier der Kronprinzenersee, Major a. D. Unter das Wort. Unter wies daraufhin, daß er als Mitglied des Umsturzes seinen Abschied habe nehmen müssen. Mit den rabbinischen Rechtsparteien sei er dann wegen der Judenfrage auseinandergelassen. Er habe den deutschjüdischen Kampf anfangen müssen, weil das Schlagwort: „Die Juden sind an allem schuld“, nur die weiteren Grände der deutschjüdischen Bewegung verdecken sollte. Er müsse zugeben, daß sich allerdings gewisse Teile der Judentum so betragen haben, daß ein Antisemitismus wohl entstehen konnte. Er für seine Person schäme aber jedem Juden, der das deutsche Vaterland liebt und gegen die Internationale Front mache, genau so hoch wie den Christen. Deswegen nehme er auch keinen Anstand, zu erklären: Wir nationalen Deutschen nehmen die Juden, die zu uns kommen, mit offenen Armen auf und sind bereit, mit ihnen auf Tod und Leben gemeinsam gegen jeden Feind der deutschen Nation zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Kunmehr nahm der bekannte Zionistenführer, Rechtsanwalt Dr. Riez, das Wort und erklärte, daß er nach einer derartig aufreizenden nationalistischen Rede nicht sprechen könne. Nicht jeder, der sich als national ausbebe, ließe das deutsche Vaterland, und so könne er als Zionist im Namen seiner Anhänger erklären, daß gerade die so viel verlebendeten Zionisten treu für Deutschland einstehen würden.

Der Reichstagsabgeordnete Morath (Deutsche Volkspartei) begrüßte den Vorsitzenden Dr. Raumann zu seiner Rede, die geeignet sei, das Herz jedes deutschen Nichtjuden zu begeistern. Als hierauf der Abgeordnete Dr. Cohn die Rede zurückwies, um Raumann zu antworten, kam es zu stürmischen Szenen. Gegenüber den Ausführungen Raumanns, daß das Deutschtum mit allen Mitteln erhalten werden müsse und seiner Behauptung von dem sterbenden Judentum, müsse er die Frage aufwerfen, ob denn die Erhaltung des Deutschtums auch einen Weltkrieg wert gewesen sei. Raumann hatte Dr. Cohn diese Kränkung getan, als sich die Versammlung

erhob und einmütig mit Ja antwortete. Man sang dann das Deutschlandlied. Stürmische Zurufe, wie „Landesverräter“, „Bezählter Moskowiter!“ usw. zwangen Cohn die Tribüne zu verlassen. Er verließ aber, umringt von seinen Anhängern, trotz wüthender Proteste der Versammlung im Saal. Der nunmehr einsetzende Tumult machte eine Fortführung der Versammlung unmöglich. Die Sitzung endete schließlich damit, daß die Schuppolizei den Saal räumen mußte. Infolgedessen kamen auch viele Redner, die sich noch zum Worte gemeldet hatten, nicht mehr zum Sprechen.

### Evangelische Geistliche gegen

### Terror und Herrenstandpunkt.

Wie die Berliner Zeitung „Der Deutsche“ mitteilt, richteten die evangelischen Pfarrer des Synodalkreises Eiberfeld aus Anlaß der mit besonderer Schärfe im bergischen Lande ausgeprägten wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe ein offenes Wort in erster Stunde an die Bevölkerung. In dem in den Tageszeitungen des Wuppertales veröffentlichten Aufruf heißt es u. a.: Mit ernster Sorge sehen wir auf den Gang der gegenwärtigen sozialen Kämpfe in unserem bergischen Industriebezirk. Wohin führen sie? Gibt es keinen Weg, die steigende Schärfe dieser Auseinandersetzungen zu mildern? Wird nicht unsere so nötige Volksgemeinschaft aufs schwerste bedroht? Wir bitten deshalb herzlich im Namen Jesu Christi, doch eine Höherführung des allgemeinen Handels anzustreben und auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen die Maßgabe des Evangeliums Jesu Christi nicht vergessen zu wollen. Wir bitten die Arbeitnehmer dringend und herzlich um Jesu willen: Entspricht jedem Terror und verzagt das Wohl des Ganzen nicht gibt eure Zeit und Kraft her, wo sie nur immer nötig ist, zum Aufbau unseres Volkslebens! Nicht weniger dringend und herzlich bitten wir in demselben Herrn Namen die Arbeitgeberverbände: Gebt dem Arbeiter, der euch seine Zeit und Kraft gibt, was er bedarf, um sich und seine Kinder in dieser ungeheuren Notzeit zu erhalten, zu ernähren und zu kleiden

### Macdonald fällt um.

### Keine Revision des Versailler Friedens.

Die „Times“ melden: Macdonald hat Montagtag die Botschafter und Befandten der alliierten Staaten empfangen. Denen er erklärte, er beabsichtige nicht, für eine Revision der Friedensverträge einzutreten; er habe dagegen die Absicht, die Beziehungen der Alliierten untereinander durch die Gemeinsamkeit der Beratungen und Entschlüsse zu vertiefen. Nach dem gemeinsamen Empfange wurde der französische Botschafter besonders von Macdonald zu einer einständigen Aussprache empfangen.

### Macdonald über die Aufgaben der englischen Arbeiterpartei.

Macdonald erklärte auf seiner Reise nach Edinburgh in einer Rede in Carlisle: Wir haben eine schwere Aufgabe vor uns und werden alles tun, was wir tun können, um die Arbeiterpartei zu einer größeren Macht zu machen als je. Nicht nur in diesem Lande, sondern in ganz Europa haben wir ein großes Durcheinander geerbt. Unsere Aufgabe ist, dieses Durcheinander in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Arbeiterpartei aufzuräumen. Ich hoffe, man wird uns Zeit lassen. Rom ist nicht in einem Tage erbaut worden. Europa wird nicht in einem Tage in Ordnung gebracht werden können.

### Kleine Mitteilungen.

Endgültige Beschlüsse über die Aufwertung der Hypotheken sind, wie Volksbüro meldet, in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts noch nicht gefaßt worden.

Minister Herrmann gekündigt. Der aus der Untersuchungskommission entlassene Staatsminister Herrmann hat, wie jetzt bekannt wird, vor seiner Patentierung ein volles Geständnis über die ihm zur Last gelegten Urkundenfälschungen abgelegt und erklärt, daß er sich jederzeit zur Verfügung des Staatsanwaltes halte. Die Entlassung der übrigen in Haft befindlichen Mitglieder der thüringischen Regierung ist bis jetzt abgelehnt worden. Wie die „Thüringer Allgemeine Zeitung“ erfährt, soll auf den Untersuchungsrichter von einem hohen Verwalter ein schwerer Druck ausgeübt worden sein. Es scheint weiter erwiesen, daß der sozialistische Untersuchungsrichter den Minister Herrmann während seiner Untersuchungshaft ständig auf dem Laufenden gehalten habe.

Die Saarwahlen. Bei den Landesratswahlen in Saarbrücken wurden insgesamt abgegeben: Zentrum 101 810, Reichssozialdemokratie 48 787, Kommunisten 89 858, Sozialistische Volkspartei (Liberaler und Demokraten) 88 076, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 8508, Deutschnationale Volkspartei 8781, Saarländische Wirtschaftsvereinigung (Saarparatisten) 8928 Stimmen. Wahlberechtigt waren 877 800, gewählt haben 255 499, also 29,25 Prozent.